

NIEDERSCHRIFT

über die **10.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **02.02.2012**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel.: 02181/601-2171 oder -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:15 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Karl-Heinz Ehms
 2. Herr Hans-Josef Engels
 3. Herr Reiner Geroneit
 4. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder
 5. Herr Gerhard Heyner
 6. Herr Thomas Jung
 7. Herr Norbert Kallen
 8. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
 9. Frau Dr. Daniela Leyhausen
 10. Herr Werner Moritz
 11. Herr Antonius Suppes
 12. Frau Maria Widdekind
 13. Frau Birte Wienands
- Vertretung für Frau Ursel Meis
ab 17.45 Uhr
bis 18.00 Uhr
- Vertretung für Herrn Dr. Klaus Goder, bis
17.45 Uhr
Vertretung für Herrn Gerhard Heyner, ab
18.00 Uhr
- bis 19.35 Uhr

• SPD-Fraktion

14. Herr Denis Arndt
 15. Herr Udo Bartsch
 16. Frau Margot Dubbel
 17. Herr Erwin Popien
 18. Herr Rainer Schmitz
 19. Frau Gertrud Servos
- bis 19.35 Uhr
Vertretung für Herrn Rainer Thiel, bis 19.30
Uhr
- ab 17.20 Uhr

- 46. Frau Christiane Weber
- 47. Frau Claudia Wichmann

- **Schriftführerin**

- 48. Frau Birgit Rothe

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitssuchende -	5
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1635/XV/2012.....	5
2.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1632/XV/2012.....	6
3.	Haushalt 2012 Vorlage: 50/1639/XV/2012.....	6
4.	Sachstand zur Umsetzung des Bildungs-und Teilhabepaketes Vorlage: 50/1645/XV/2012	7
5.	Sachstand zur Umsetzung Schulsozialarbeit Vorlage: 50/1633/XV/2012.....	8
6.	Aktuelle Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen Vorlage: 53/1598/XV/2012	8
7.	Infektionsbericht 2011 Vorlage: 53/1591/XV/2012.....	9
8.	Vorstellung der Wohnberatungsagentur Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1636/XV/2012	10
9.	Präventionskonzept "Klang meines Körpers" Vorlage: 53/1590/XV/2012	11
10.	Tätigkeitsbericht der gemeinsamen Servicestelle der Rehabilitationsträger nach Kapitel 3 SGB IX - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Vorlage: 50/1637/XV/2012	11
11.	Mitteilungen	11
11.1.	Bestattungskosten in der Sozialhilfe - Armenbegräbnisse Vorlage: 50/1638/XV/2012	11
11.2.	Bericht aus der Sitzung Kommission „Silberner Plan“ vom 05.12.2011 Vorlage: 50/1640/XV/2012	12
11.3.	Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/1659/XV/2012.....	12
12.	Anfragen	13

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die 10. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Frau Dr. Daniela Leyhausen wurde als stellvertretendes Mitglied des Sozial- und Gesundheitsausschusses verpflichtet.

Der Tagesordnungspunkt 10 wurde als erstes behandelt, damit die Gastvortragenden der AOK Rheinland/Hamburg nicht unnötig warten mussten.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitssuchende -

2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/1635/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz ergänzte zunächst die Statistik um die Bedarfsgemeinschaftszahlen von November 2011 in Höhe von 14.603 und Dezember 2011 in Höhe von 14.620. Damit liegen die Zahlen unter denen des Vorjahres. Die Auswertung der Daten aus 2011 laufe noch und bilde dann die Grundlage für die abschließende Haushaltsplanung 2012.

Er informierte weiterhin über das Ergebnis der Trägerversammlung bezüglich der Erreichbarkeit des Jobcenters. Aufgrund der negativen Erfahrung bei Einführungen des Service-Center wurde zwischenzeitlich mit dessen Betreiber ein Sonderkündigungsrecht vereinbart, sofern dieser die Vorgaben bezüglich Beratungsqualität und Erreichbarkeit nicht einhält.

Er sprach weiterhin die Standorte an. In Grevenbroich sei man bezüglich der Verdichtung sehr weit. Hier werden die Standorte Jüchen, Rommerskirchen und Grevenbroich im Hochhaus des Rhein- Kreises Neuss voraussichtlich ab 2013 zusammengefasst.

Abschließend berichtete er, dass das Jobcenter in seiner Bilanz 2011 mit 4980 Vermittlungen seine Integrationsquote um 151 Fälle steigern konnte.

Herr Haag fragte nach Statistiken zu persönlichen Vorsprachen, vor und nach Einführung des Service-Centers. Allgemeiner Vertreter Steinmetz geht davon aus, dass eine solche Statistik nicht geführt werde. (Anmerkung: Durch das Jobcenter wurde zwischenzeitlich bestätigt, dass eine solche Statistik nicht geführt wird.)

Aus den Reihen der Fraktionen wurde dargestellt, dass der persönliche Kontakt zu den Sachbearbeitern sowohl für die Arbeitslosenberatungsstellen, die Verbände und natürlich für die Leistungsberechtigten selbst eigentlich die optimale Form der Kommunikation sei.

Kreistagsmitglied Kallen zeigte sich erleichtert, dass den Verbänden zwischenzeitlich wieder die Möglichkeit zur direkten telefonischen Kontaktaufnahme gegeben worden sei.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass es kein Zurück in das alte System gäbe, da es Philosophie und Strategie des Jobcenters sei, die Sachbearbeiter von den Telefonaten zu entlasten. Der persönliche Kontakt sei allerdings in den Fragen, die nicht am Telefon geklärt werden können, gegeben. Terminwünsche würden vom Service-Center in die Sachbearbeitung übermittelt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose bedauert, dass die persönliche Sorge des Sachbearbeiters um seinen Kunden, welche bei Einführung des Jobcenters im Vordergrund gestanden habe, auf diese Weise nicht mehr gewährleistet sei. Dies könne nun lediglich angemahnt werden. Er gehe davon aus, dass im Falle der Option dieses Problem nicht entstanden wäre.

Kreistagsabgeordneter Kresse wies darauf hin, dass es sich um ein besonderes Klientel handle. Dies würde seiner Meinung nach durch die BA nicht ausreichend berücksichtigt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose zog das Resümee, dass das System des Service-Centers, sofern hier nicht wirksam nachgebessert werde, seitens der Mitglieder des Sozialausschusses durchgängig als ungeeignet zur Beratung von Leistungssuchenden angesehen würde.

2.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1632/XV/2012

Protokoll:

Top 2.2. wurde gemeinsam mit Top 2.1 besprochen.

3. Haushalt 2012 Vorlage: 50/1639/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die Vorlage, in welcher der Verlauf der Ausgaben im Sozialbereich dargestellt sei. Für 2012 würde hier, aufgrund der ersten

optimistischen Einschätzungen z. Bsp. der Fallzahlen SGB II, mit einer Steigerung der Gesamtausgaben um 2% gerechnet, obwohl das Land eine 3%-ige Anhebung empfehle.

Die Ansätze für die Förderung der freien Wohlfahrtspflege seien in 2011 im Verhältnis zu 2010 erheblich gekürzt worden. Für 2012 sei nun jedoch eine Fortschreibung der Ansätze, wie bereits in der Vergangenheit vorgesehen. Somit werden Personalkostenansätze um 1 % angehoben.

Kreistagsmitglied Servos fragte in diesem Zusammenhang nach dem Stand der Umsetzung von Leistungsvereinbarungen sowie der Fortschreibung des „Silbernen Planes“. Bezüglich der Leistungsvereinbarungen verwies Allgemeiner Vertreter Steinmetz auf ein Gespräch mit den Wohlfahrtsverbänden und dem Rhein- Kreis Neuss in der letzten Januarwoche. Alle Förderbereiche werden überprüft und sukzessive werde da, wo es sinnvoll und möglich sei, nun auf Leistungsvereinbarungen umgestellt.

Die Fortschreibung des „Silbernen Plans“ sei nicht separat ausgewiesen, sondern werde Baustein des sozioökonomischen Monitorings.

Kreistagsmitglied Bartsch fragte, inwieweit das Risiko des § 12 a SGB II (Wegfall der Verpflichtung Wohngeld oder Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz zu beantragen, hierdurch ggf. höhere Ausgaben im Leistungsbereich, insb. KdU) berücksichtigt wurde.

Herr Henkel erläuterte, dass sich dieses Risiko nicht berechnen ließe und von daher nicht speziell, sondern nur über die prozentuale Erhöhung in die Kalkulation 2012 eingeflossen sei.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Haag bestätigte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass die Position „Arbeitslosenberatungsstelle Neuss“ nicht mehr mit 15.000 € im Haushalt enthalten sei. Die Arbeitslosenberatungsstelle erhalte zwischenzeitlich wieder einen Landeszuschuss, so dass die Gründe, welche zuvor ausschlaggebend für die Kreisbezuschung waren, entfallen seien. Die Position „Arbeitslosenberatungsstelle Neuss“ sei nun auf der Wunschliste, da über die Zuschussgewährung unter diesen neuen Vorzeichen neu beraten werden müsse.

4. Sachstand zur Umsetzung des Bildungs-und Teilhabepaketes Vorlage: 50/1645/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz informierte, dass man in 2011 ca 40 % der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen erreicht habe. Ziel für 2012 sei es, diese Quote auf 60 % zu steigern.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte für die nächste Sitzung die Vorlage einer Statistik zu, welche insbesondere auch Auskunft über die Anzahl der bewilligten Anträge erteile.

Er bat jedoch um Verständnis, dass die Aufbereitung dieser Daten noch nicht für diese Sitzung erfolgt sei. Zurzeit würden die Mitarbeiter des Jobcenters und die der Städte und Gemeinden durch verschiedenen Abfragen und die Einführung der Statistiken für

den Bereich „Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel“ und „Bildung und Teilhabe“ erheblich belastet.

Kreistagsmitglied Servos sprach die grundlegenden Probleme bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes an und kritisierte insbesondere die umständlichen Antrags- und Bewilligungswege bei der Mittagsverpflegung.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz bat darum, hier auf politischer Ebene an die Landesregierung zu appellieren, das Verfahren zu vereinfachen. Die Verwaltung freue sich über jede rechtssichere Möglichkeit, welche die Gewährung von Bildungs- und Teilhabeleistungen vereinfache.

5. Sachstand zur Umsetzung Schulsozialarbeit Vorlage: 50/1633/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz berichtete, dass die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gut angelaufen sei. Alle Stellen seien besetzt, alle Einsatzkonzepte der Städte und Gemeinden lägen vor.

Ausschussmitglied Schmitz fragte, ob die Schulsozialarbeiter ausschließlich für die Beratung von Hartz IV Kindern eingesetzt würden. Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Schulsozialarbeiter hier nicht differenzieren könnten und würden. Soweit jedoch eigenständig entsprechende Zielgruppen identifiziert werden, müsste hier dann die Beratung auch in Hinblick auf die Möglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepaketes erfolgen.

6. Aktuelle Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen Vorlage: 53/1598/XV/2012

Protokoll:

Dezernent Mankowsky leitete das Thema mit einem Verweis auf einen Medienbericht ein, wonach jedes dritte Vorschulkind unter Sprachproblemen leide. Dieser Trend sei auch im Rhein-Kreis Neuss festzustellen. Für den Rhein-Kreis Neuss habe die Vorsorge für Kinder einen besonderen Stellenwert, so sei der Rhein-Kreis Neuss als Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendgesundheit ausgezeichnet worden. Als einer von wenigen Kreisen werden regelmäßig Berichte zur Schuleingangsuntersuchung veröffentlicht, zuletzt in den Jahren 2005 und 2007.

Der anschließende Vortrag von Frau Dr. Klapdor-Volmar werde demnächst auch als Broschüre erscheinen und dem Ausschuss vorgelegt werden. Die Ergebnisse werden noch unter Hinzuziehung von Experten ausgewertet und man werde über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten. Hier sind ggf. auch die Krankenkassen einzubeziehen.

Frau Dr. Klapdor-Volmar stellte daraufhin die Ergebnisse der Schuleingangsuntersu-

chung vor. Der Vortrag ist als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Schmitz fragte, ob es einen Erklärungsansatz gäbe, dass Untergewicht bei Vorschulkindern insbesondere in höheren Bildungsschichten auftrete. Frau Dr. Klapdor-Volmar verneinte dies. Es sei jedoch ein bundesweites Phänomen. Die Zusammenhänge werden in der sogenannten „Espan-Studie“ untersucht, ein wissenschaftliches Projekt, welches von der Universität München begleitet werde.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte, welche Maßnahmen den Feststellungen folgen. Frau Dr. Klapdor-Volmar verwies auf die anstehenden Gespräche mit Experten. Hier werde dann überlegt, welche Programme beim Rhein-Kreis Neuss initiiert bzw. weitergeführt werden. Darüber hinaus stehen aber auch die Eltern in der Verantwortung. Sie kritisierte in diesem Zusammenhang die Qualität der Sprachförderung in vielen Familienzentren. Hier müsse das Ministerium Festlegungen treffen, in welcher Form Kinder gefördert werden.

Dezernent Mankowsky ergänzte, dass der Rhein-Kreis Neuss von seiner guten Vernetzung profitiere. Er sei zudem in den Jugendhilfeausschüssen der Städte und Gemeinden vertreten, so dass dort gemeinsam über Maßnahmen in einzelnen Städten bzw. einzelnen Stadtteilen entschieden werden könne. Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen werden zudem in den Sozialstrukturatlas aufgenommen werden. Er wies darauf hin, dass in diesem Jahr erstmals die Zahngesundheit in den Untersuchungskatalog aufgenommen worden sei. Die zwei Prophylaxemobile des Rhein-Kreises Neuss werden flächendeckend eingesetzt. Dem liege eine klare gesetzliche Regelung zugrunde, welche leider für die allgemeinen Vorsorgemaßnahmen nicht existiere.

Kreistagsmitglied Dr. Goder hob die Bedeutung der Sprachförderung durch ausgebildete Logopäden hervor. Darüber hinaus würde er es begrüßen, wenn eine Form der Abstimmung und Kooperation zwischen niedergelassenen Ärzten und dem Gesundheitsamt im Bereich der Sprachförderung erfolgen könne.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose fragte, wie der im Bericht mehrmals auftauchende Begriff „bildungsfern“ definiert werde. Frau Dr. Klapdor-Volmar erläuterte, dass dem Begriff „bildungsfern“ die Definition zugrunde liegt, dass ein Elternteil keinen Schulabschluss oder einen Sonderschulabschluss habe.

7. Infektionsbericht 2011 **Vorlage: 53/1591/XV/2012**

Protokoll:

Herr Dr. Dörr stellte den Infektionsbericht 2011 vor. Der Vortrag ist als Anlage beigefügt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose lobte im Zusammenhang mit dem Vortrag die sachliche Berichterstattung durch den Rhein-Kreis Neuss, sofern bei dem Auftreten einer Infektion die Medien involviert seien.

Ausschussmitglied Dubbel bat um Auskunft, wie der Schnitt in der Noroviren-Statistik zu erklären sei. Die Statistik, so erklärte Dr. Dörr, beruhe auf den Fällen, in welchen

der Erreger nachgewiesen werde. Sofern dieser Nachweis nicht erbracht werde, würden die Fälle nicht als Noroviren-Fall, sondern als Brech-Durchfall-Erkrankung gelistet. Eine sinkende Noroviren- Statistik könne daher mit einer steigenden Brech-Durchfall-Statistik einhergehen.

Auch die Verschärfung der Hygiene-Vorschriften für Krankenhäuser und Senioreneinrichtungen könnten zu einem Rückgang von Infektionen geführt haben. Dies sei aber nicht durch Fallzahlen belegbar.

8. Vorstellung der Wohnberatungsagentur Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1636/XV/2012

Protokoll:

Von Frau Kasche und Frau Müller vom Caritasverband wurde die Wohnberatungsagentur Rhein-Kreis Neuss vorgestellt, welche am 01.10.2011 ihre Arbeit aufgenommen hatte. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Servos fragte nach der Unterscheidung zur bisherigen Wohnberatung.

Frau Kasche erläuterte, dass die Seniorenberatung allgemeiner gehalten sei und sich häufig auf das Thema Pflege beziehen würde. Auch hier würde über Wohnformen im Alter beraten, die Wohnberatung leiste aber spezielle baulich-technische Beratung für das Wohnen in der eigenen Wohnung. Auch zur Finanzierung entsprechender Maßnahmen werde beraten.

Kreistagsmitglied Bartsch fragte nach der noch geplanten Öffentlichkeitsarbeit und inwieweit Kontakte zu den Anbietern von haushaltsnahen Dienstleistungen, wie z.Bsp. der „dienstbar“ bestehen.

Frau Müller bestätigte, dass neben Flyern und Presseartikeln sowohl Vorträge als auch eine Kontaktaufnahme zu Wohnungsunternehmen geplant seien. Zu Anbietern von haushaltsnahen Dienstleistungen bestünden bereits über die allgemeine Seniorenberatung entsprechende Kontakte. Frau Kasche ergänzte, dass mit einer Aufbauphase, zu welcher u.a. auch die Qualifizierung der Mitarbeiter gehöre, von einem Jahr gerechnet würde.

Ausschussmitglied Quellmann fände es wünschenswert, wenn Kontakte zu Vermietern gesucht werden. So sollten frei werdende Wohnungen, welche im Rahmen von Umbaumaßnahmen seniorengerecht hergerichtet wurden, idealerweise auch durch Senioren nachbesetzt werden.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Carsten Thiel nannte Frau Müller eine Anzahl von 200 Beratungen pro Jahr als Ziel.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz schloss das Thema mit der Anmerkung, dass der Kreiszuschuss für die Wohnberatungsagentur im Haushalt über die Veränderungsliste mit 71.280 € angesetzt worden sei. Bei der allgemeinen Seniorenberatung werde eine Einsparung in entsprechender Höhe erfolgen.

9. Präventionskonzept "Klang meines Körpers"

Vorlage: 53/1590/XV/2012

Protokoll:

Frau Groß-Reuter von den Caritassozialdiensten Rhein- Kreis Neuss stellte die Wanderausstellung „Der Klang meines Körpers“ vor.

Die Ausstellung beschäftigt sich mit Ess-Störungen insbesondere bei jungen Frauen. Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Widdekind, hob Frau Groß-Reuter die Bedeutung der Familie bei der Therapie der jungen Frauen heraus. Das Umfeld werde in die Therapie einbezogen. Zudem tausche man sich in einem Facharbeitskreis mit der Frauenberatungsstelle und der Jugendberatungsstelle aus.

10. Tätigkeitsbericht der gemeinsamen Servicestelle der Rehabilitationsträger nach Kapitel 3 SGB IX - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Vorlage: 50/1637/XV/2012

Protokoll:

Herr Gottelt von der AOK Rheinland/Hamburg stellte Auftrag und Entstehung der gemeinsamen Servicestelle der Rehabilitationsträger vor. Frau Kamphausen, ebenfalls von der AOK Rheinland, berichtete aus der täglichen Praxis.

Auf Nachfragen der Ausschussmitglieder bestätigte Herr Gottelt, dass die gemeinsame Servicestelle unter den Trägern bekannt und die Zusammenarbeit problemlos sei. Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Wienands wies er darauf hin, dass die gemeinsame Servicestelle nicht nur Ansprechpartner für behinderte Menschen sei, sondern auch für Auskünfte in Zusammenhang mit anderen Rehabilitationsmaßnahmen, wie z.B. einer Kur, zur Verfügung stehe. Er wies ferner darauf hin, dass es sich bei dem Ratsuchenden nicht nur um AOK-Kunden handle, sondern auch um Mitglieder anderer Kassen.

11. Mitteilungen

11.1. Bestattungskosten in der Sozialhilfe - Armenbegräbnisse

Vorlage: 50/1638/XV/2012

Protokoll:

Kreistagsmitglied Schmitz fragte, ob es die gesetzlichen Grundlagen erlauben, jemanden auch außerhalb seines Heimatortes zu bestatten, weiterhin, ob bei Migranten eine Bestattung in deren Heimat möglich sei.

Herr Henkel erläuterte, dass die gesetzlichen Grundlagen lediglich die Zuständigkeit für die Kostenübernahme, nicht jedoch den Bestattungsort regeln. Die Entscheidung über den Bestattungsort treffen in der Regel die Angehörigen, wobei beim Wunsch- und Wahlrecht die Angemessenheit zu berücksichtigen sei.

11.2. Bericht aus der Sitzung Kommission „Silberner Plan“ vom 05.12.2011 Vorlage: 50/1640/XV/2012

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose verwies auf den Bericht der Kommission und betonte das Erfordernis, auch künftig den Bedarf an Pflegeplätzen zu prognostizieren. Bedauerlicherweise halten sich nicht alle Städte an die hieraus resultierenden Empfehlungen. Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Kallen bestätigte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass mit der Gemeinde Jüchen eine Abstimmung über das neue Bauprojekt erfolgt sei und dieses im Einklang mit den Bedarfserhebungen des Rhein-Kreises Neuss stünde. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Jüchen sei hier vorbildlich gewesen.

11.3. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/1659/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz kündigte an, dass ab der nächsten Sitzung die Statistik vorgelegt werde, welche nun seit Januar erhoben werde.

Die komplizierten Aufforderungen zur Kostensenkung seien überarbeitet worden und nun deutlich einfacher und verständlicher formuliert. Um Anwendungsprobleme mit der Kreisrichtlinie möglichst auszuschließen, habe man zudem das Jobcenter sowie die Städte und Gemeinden mit der Bitte angeschrieben, die Möglichkeiten der Richtlinie sensibel zu nutzen. Hierbei seien insbesondere die Regelungen gemeint, die Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit einer Kostensenkung durch Umzug festzustellen.

Er berichtete weiter, dass der Kreis durch die Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen in Düsseldorf und der Region angeschrieben worden sei. Dieses Schreiben sowie die Antwort des Rhein-Kreises Neuss werde dem Protokoll ebenfalls beigelegt. In der Sache bleibe man im Gespräch.

In 2012 werde eine Überprüfung und ggf. Anpassung der Werte erfolgen.

Als weitere Mitteilung trug Allgemeiner Vertreter Steinmetz vor, dass von der Fachhochschule Niederrhein zwischenzeitlich ein umfangreicher Konzeptentwurf zum Sozialstrukturatlas, bzw. „sozioökonomischen Monitoring“ vorläge. Der Konzeptentwurf sehe deutlich mehr Bereiche vor, als ursprünglich durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss angedacht waren. Der Bericht werde in einer Tischvorlage für den Kreisaus-

schuss vorbereitet, welche gleichzeitig der Niederschrift dieses Ausschusses als Anlage beigefügt werde. Er warb darum, hier kurzfristig in den Fraktionen zu beraten, um so bereits im Kreisausschuss bzw. im Finanzausschuss über die zweite Phase des Monitoring entscheiden zu können.

Kreistagsmitglied Servos bat darum, den Sozialstrukturatlas um den Punkt „Lebenssituation von Menschen mit Behinderung“ zu erweitern.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz bestätigte dies als sinnvollen Aspekt, genauso wie die zuvor angesprochene Fortschreibung des „Silbernen Plans“ mit den Bereichen stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen.

Abschließend informierte Allgemeiner Vertreter Steinmetz darüber, dass das Ausgleichsamt des Rhein-Kreises Neuss ab dem 01.01.2012 landesweit für den Lastenausgleich zuständig sei.

12. Anfragen

Protokoll:

Kreistagsmitglied Dr. Goder schlug vor, in der nächsten Sitzung über das Thema E-Zigarette zu beraten. Einige Städte und Kreise in Nordrhein Westfalen überlegen ein Verbot dieser Zigaretten. Allerdings weisen die bisherigen Studien noch kein eindeutiges Ergebnis bezüglich der Gesundheitsgefährdung aus.

Dr. Dörr wies darauf hin, dass hier auch die Gesetzeslage nicht eindeutig sei. Allerdings seien auch ihm landesweit Initiativen, insbesondere der Stadt Essen, bekannt. Hierüber könne man in der nächsten Sitzung informieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 20:15 Uhr die Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz

Birgit Rothe
Schriftführung

